



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses
am 22.10.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym
Alexander Raue
Thorben Vierkant
Christoph Bernstiel

AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
AfD-Stadtratsfraktion
CDU-Stadtratsfraktion
anwesend 16:38 bis 18:15 Uhr
CDU-Stadtratsfraktion
Fraktion Die Linke
SPD-Fraktion
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER
Vertretung für Herrn Silbersack

Guido Haak
Katja Müller
Eric Eigendorf
Melanie Ranft
Ferdinand Raabe
Tim Kehrwierder

Verwaltung:

Dr. Alexander Vogt
Egbert Geier

Oberbürgermeister
Bürgermeister
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Beigeordnete für Bildung und Soziales
Referent des Oberbürgermeisters
Abteilungsleiter, Rechtstätigkeit - Strafrecht
Pressesprecher
Team Veranstaltungen
Stellvertretende Protokollführerin

René Rebenstorf
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Achmed Großer
Stefan Richter
Drago Bock
Michael Gründling
Anne Malisch

Entschuldigt fehlten:

Andreas Wels
Andreas Silbersack

Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion FDP/FREIE WÄHLER

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen ist, sowie dass es keine Änderungen und Ergänzungen gibt.

Er fragte nach Wortmeldungen zur Tagesordnung.

Frau Ranft beantragte die Absetzung des

TOP 6.1

Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01475

da es keine unterschiedlichen Voten im Fachausschuss gab.

Herr Heym vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 7.5

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Steigerung der Angebote bei offenen Ausschreibungen der Verwaltung
Vorlage: VIII/2025/01503

Herr Raabe vertagte im Namen seiner Fraktion

TOP 7.4

Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“
Vorlage: VIII/2025/01491

Frau Müller fragte, wieso der TOP 7.4 vertagt werden soll.

Herr Raabe erklärte, dass es noch weitere interne Abstimmungen bedarf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Abstimmung der Absetzung des TOP 6.1.

Abstimmungsergebnis

Geschäftsordnungsantrag:

einstimmig zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** um Abstimmung bat

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025
5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.09.2025
Vorlage: VIII/2025/01715
6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01475 **ABGESETZT**
- 6.2. Berufung eines Mitgliedes in den Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01582
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach' ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VIII/2025/01293
- 7.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses „Halle als sicherer Hafen“
Vorlage: VIII/2025/01497
- 7.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung der Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger in ihr Heimatland
Vorlage: VIII/2025/01499
- 7.4. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) mit ihrem Stadtteil Halle-Neustadt im Bündnis „Neustadt in Europa“
Vorlage: VIII/2025/01491 **VERTAGT**
- 7.5. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Steigerung der Angebote bei offenen Ausschreibungen der Verwaltung
Vorlage: VIII/2025/01503 **VERTAGT**
8. Mitteilungen
- 8.1. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu zuckerfreien oder zuckerreduzierten, nicht-alkoholische Getränken auf dem Laternenfest
Vorlage: VIII/2025/01700

- 8.2. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren Sichtbarkeit von Reparaturangeboten und Bewerbung des Reparaturatlas Sachsen-Anhalt
Vorlage: VIII/2025/01599
- 8.3. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion Volt / MitBürger zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten
Vorlage: VIII/2025/01704
- 8.4. Mitteilung zur Anregung der Stadtrates Herr Feigl zum Bericht des Oberbürgermeisters
- 8.5. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zu Hundewiesen und Hundetoiletten
Vorlage: VIII/2025/01597
- 8.6. Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zum Umgang mit Pressemitteilungen der Stadt Halle
Vorlage: VIII/2025/01598
- 8.7. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Errichtung einer Genscher-Bank auf dem Marktplatz
Vorlage: VIII/2025/01660
- 8.8. Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zu "ein Hund im Büro"
Vorlage: VIII/2025/01573
- 8.9. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Jacobi zum Haushalt
- 8.10. Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Jacobi zu einer Leerstandsteuer
- 9. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung
Vorlage: VIII/2025/01723
- 10. Anregungen
- 11. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025
- 12. Beschlussvorlagen
- 12.1. Dauerhafte Umsetzung eines Beamten auf die Stelle Fachbereichsleiter im Fachbereich Personal
Vorlage: VIII/2025/01697
- 12.2. Einstellung einer stellvertretenden Geschäftsführerin / Bereichsleiterin Verwaltung im städtischen Jobcenter
Vorlage: VIII/2025/01714
- 13. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 14. Mitteilungen

15. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
16. Anregungen

zu 3 **Einwohnerfragestunde**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu 3.1 **Fragesteller 1 zur Straßenbenennung der A.-W.-Amo-Straße**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragesteller 1

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich wohne in der Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

Anton-Wilhelm Amo war der erste Philosoph im deutschsprachigen Raum aus Afrika und er war schwarz. Aber Anton-Wilhelm Amo war keinesfalls ein Sklave oder Opfer, was die neuesten Forschungen von Michael Zeuske, Historiker und Experte für globale und atlantische Sklaverei, in einem Gastbeitrag in der Berliner Zeitung belegen.

Aber ich bin ein Opfer, ebenso wie die Bewohner des umbenannten Teilstücks Universitätsring in die Anton-Wilhelm-Amo-Straße. Ein Opfer der Schnapsidee der Umbenennung des Teilstücks Uniring von vorherigen Mitgliedern des Stadtrats. Denn seit der Umbenennung habe ich für ortsfremde Personen keinen Wohnsitz mehr und bin unerreichbar. Die üblichen Ordnungsdienste führen nicht zu meiner Anschrift. Bei Google Maps landet man im Park. Bei HERE WeGo geht es 150 Kilometer nach Berlin. Alle Argumente, die ich in den Bürgersprechstunden vorgetragen habe, haben sich bewahrheitet. Ich habe Mahnungen erhalten, weil die Briefdienste nicht rechtzeitig zustellen. Pakete werden ins Zustellfahrzeug geladen und landen ohne anzuhalten im Zentrallager, wegen unzutreffender Anschriftenbezeichnung. Bei Online-Diensten kann ich meine Adresse nicht ändern, weil schlichtweg die Straße nicht existiert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich möchte nicht unhöflich sein, aber es ist eine Fragestunde.

Fragesteller 1

Ja, das kommt ja danach. Ich muss ja ein bisschen ausholen.

Telefonische Quatschkästen verstehen mein Anliegen nicht. In der heutigen Zeit kommunizieren kaum noch Mitarbeiter von Banken und Onlinediensten mit Personen telefonisch. Also, ich möchte mir nicht ausmalen, was passiert, wenn ich Hilfsdienste benötige und die sind ortsfremd. In kürzester Zeit hatten wir 2.700 Unterschriften gegen die Umbenennung des Straßenteilstücks gesammelt, die zur Bürgersprechstunde auch übergeben wurden.

Und jetzt kommt es: Bitte geben Sie den Bürgern der Stadt bitte die alte Straßenbezeichnung des Universitätsrings zurück. Also, ich frage, ob das auch möglich ist und so schnell wie

möglich. Denn nichts ist schlimmer, wenn sich in nächster Zukunft die Vermutung bestätigt, dass in der Straße eines Mitglieds einer ... wohnen zu müssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Also, Ihre Frage ist, ob es möglich ist, die Straße wieder zurückzubenennen. Das ist grundsätzlich möglich durch den Stadtrat, der das ja auch entschieden hat. Für die Unannehmlichkeiten, die Ihnen entstehen, bin ich logischerweise nicht verantwortlich, aus zwei Gründen. Weil ich erstens in die Entscheidung damals entsprechend noch nicht involviert war, hier in der Lokalpolitik in Halle. Aber zweitens, natürlich wir als Kommune für die leider doch dort entstehenden, um das mal diplomatisch auszudrücken, Unannehmlichkeiten für sie können wir natürlich als Kommune auch relativ wenig Einfluss nehmen.

Das heißt, noch einmal meine Antwort: Es ist eine Aufgabe des Stadtrates im Falle einer Umbenennung. Also, ich als Hauptverwaltungsbeamter kann das nicht tun und ich kann vielleicht, wenn die Stadträte möchten, dazu etwas sagen, damit ich denke, Sie hier mit mehr rausgehen als mit meiner Antwort.

Herr Heym

Na ja, meine Erwartung ist ganz klar, dass sich die entsprechenden politischen Verantwortlichen, die für die Umbenennung entgegen jeglicher sachlicher Einwände so vehement gekämpft haben, jetzt genauso sich für die Anliegen der Bewohner dieser Straße einsetzen und am Ende des Tages hier eine Lösung herbeiführen. Das ist meine Erwartung. Weil wir haben als Fraktion damals, Sie werden sich erinnern, vehement an ihrer Seite gestanden, haben uns leider nicht durchsetzen können und die Befürchtungen sind jetzt vollumfänglich eingetreten. Und die entsprechende Zusicherung war damals: „Alle Lasten werden durch die Stadt genommen und aus dem Weg geräumt, die ihnen blühen könnten.“ Das war die Aussage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich hätte vor, Ihnen einen Vorschlag zu machen, vielleicht für Sie, damit Sie hier nicht ohne nach Hause gehen. Sie haben jetzt eine Liste mit den Dingen, die jetzt bei Ihnen passieren, zu Ihrem Nachteil. Könnten Sie bitte diese Liste, die Sie haben, mir zusenden, damit ich prüfen kann, ob es vielleicht ein, zwei Dinge gibt, die wir als Stadt flankieren können.

Fragesteller 1

Letztendlich besteht das Problem, dass ich in den Ordnungsdiensten nicht aufgeführt werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Nein, nochmal, ich wiederhole meine Frage nochmal. Sie können mir gerne diese Liste, die Sie jetzt haben, schriftlich zukommen lassen, weil ich gerne darüber mehr erfahren möchte.

Jetzt möchte Frau Müller das Wort ergreifen. Bitte, Frau Müller.

Frau Müller

Also, vielleicht nur eine Bemerkung: Der Oberbürgermeister hat schon gesagt, sowas könnte der Stadtrat ändern, gleichwohl, also, ich kann jetzt nur für meine Fraktion sprechen, wir stehen auch nach wie vor zu der Entscheidung.

Erlauben Sie mir bitte eine Bemerkung, da bin ich eben gerade wirklich drüber gestolpert. Mich irritiert halt ein bisschen, dass Sie jetzt sozusagen damit kommen, wo es diese Veröffentlichung gibt, dass Amo, dass zumindest Zweifel daran bestehen, dass Amo tatsächlich ein Sklave war. Da muss man aber auch mal dazu sagen, das ist eine Publikation von vielen, also nach wie vor wird es da sicherlich auch unterschiedliche Meinungen dazu geben. Und es tut mir leid, wenn ich das so sage, ich bin doch gerade sehr über Ihre

Äußerung gestolpert, dass Sie sozusagen feststellten, Amo war ja kein Sklave und gleich im nächsten Satz sagten Sie, aber ich bin ja das Opfer. Das fand ich ein bisschen unangemessen.

Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Moment, stopp, stopp, stopp. Entschuldigung, Sie dürfen hier nicht einfach das Wort ergreifen. Es ist meine Aufgabe, Sie können gerne, Sie bekommen nochmal das Wort, aber erst möchte ich, dass Frau Müller hier zu Ende reden darf.

Frau Müller

Ich will Ihnen da jetzt auch gar keine böse Absicht unterstellen, aber es war tatsächlich doch eine sehr verunglückte Formulierung, wenn ich das mal so sagen darf. Also, das ist mir doch jetzt sehr aufgestoßen in dem Moment.

Ihre Probleme mit den Ortungsdiensten, das verstehe ich, das hatten Sie damals auch schon angemerkt. Das glaube ich auch, dass es da durchaus Probleme gibt. Und wie gesagt, letztlich die Kommune oder der Stadtrat hat auf sowas dann natürlich erstmal tatsächlich wenig Einfluss. Gleichwohl ist die Idee des Oberbürgermeisters, wenn Sie diese Probleme dann mal schriftlich zur Kenntnis geben, vielleicht eine ganz gute Idee.

Und auch die AfD, die damals unerschütterlich an ihrer Seite stand, kann ja trotzdem auch sich dieser Probleme annehmen. Also, sich jetzt nur zu sagen, das haben andere entschieden, wir müssen uns der Probleme nicht annehmen, ist natürlich auch keine Lösung. Insofern vielleicht so viel dazu. Danke.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Frau Müller. Ich gebe Ihnen gleich noch mal die Möglichkeit zu antworten. Ich würde noch kurz Frau Ranft das Wort erteilen und dann auch Ihnen abschließen. Dankeschön.

Frau Ranft

Ja, vielen Dank. Ich wollte erwähnen, dass ich eine Kollegin habe, die auch in der Amo-Straße wohnt und die auch regelmäßig erobert darüber ist, dass sie in der Amo-Straße jetzt wohnt, weil die auch quasi diese Probleme schildert, die sie jetzt benannt haben. Ich weiß jetzt nicht, ob jetzt alle oder nur einige, aber das habe ich schon mal gehört.

Nichtsdestotrotz wollte ich für meine Fraktion nochmal sagen, dass wir es trotzdem richtig finden, dass wir die Straße umbenannt haben und wir werden uns auch nicht für eine Rückumbenennung einsetzen.

Ich finde es aber gut, wenn Sie dem OB jetzt diese Herausforderung oder diese Liste übergeben mit den Problemen, die es gibt, weil, wenn ich das jetzt in meine App eingebe, dann kommt die Straße. Ja, jetzt weiß ich natürlich nicht, mit welcher App andere arbeiten, aber das ist mir jetzt in digitalen Zeiten, also ich glaube Ihnen das natürlich und meine Kollegin bestätigt das ja, aber in digitalen Zeiten kann ich jetzt nicht verstehen, warum das nicht möglich ist, dass das bei den Straßenbezeichnungen jetzt nicht dann nach und nach oder mit der Zeit dann eingepflegt wird. Ja, aber da fehlt mir auch die Fantasie, wie ich da unterstützen kann, aber da sind Sie ja beim OB dann an der richtigen Stelle. Und dass dann nochmal geguckt wird, was man vielleicht machen könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, nochmal abschließen, bitteschön, Sie haben das Wort.

Fragesteller 1

Also, als erstes habe ich die Frage, welche App nutzen Sie denn?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Nein, nein, nein, das geht jetzt zu weit. Ich möchte jetzt keine Details-Diskussion hier haben über welche Apps.

Ich habe Ihnen gerade angeboten, dass Sie mir alle Sachen zuschicken und da werden wir das überprüfen. Da müssen wir jetzt nicht bilateral eine Stadträtin fragen, welche Apps Sie benutzen.

Ich möchte nochmal gerne Ihnen das Wort erteilen und bitte aber nicht in solche Detailfragen rein, weil, bitte verstehen Sie mich da bitte nicht falsch.

Bitteschön, Sie haben nochmal das Wort.

Fragesteller 1

Ja, um nochmal Frau Müller zu antworten. Ich habe das, dass Amo, keinesfalls ein Sklave oder Opfer war, so aus dieser Veröffentlichung entnommen. So wie es dort geschrieben war, das habe ich so übernommen. Ich könnte urheberrechtlich noch was dazu schreiben, habe ich aber nicht, sollte kurz sein. Und ein Opfer bin ich tatsächlich, weil Sie können sich nicht vorstellen, in wie vielen Online-Portalen, wissen Sie ja selber über sich, man unterwegs ist. Und wenn man in den Online-Portalen sich dort anmeldet und es läuft über Google oder HERE WeGo, dass ich keine Möglichkeit habe, meinen ordnungsgemäßen Wohnsitz dort einzutragen. Und das ist eine Katastrophe und das ist täglich eine Katastrophe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich nehme das auf, schriftlich von Ihnen, und ich werde das, was wir als Verwaltung machen können, tun.

Zweite Möglichkeit hatte ich Ihnen ja zu Anfang gesagt, Stadträte entscheiden. Und das ist dann eine demokratische Entscheidung eines Stadtrates auf normaler Mehrheit. Und leider kann ich da als Hauptverwaltungsbeamter nichts tun.

Ich danke Ihnen, dass Sie hier waren und bitte die Liste möglichst morgen an ob@halle.de.

Ende des Wortprotokolls

zu 3.2 Fragesteller 2 zum Haushalt

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragesteller 2

Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich wende mich mit meiner Frage an die Verwaltung. Mir ist im Kontext der Haushaltsdurcharbeitung aufgefallen, dass es dort ganz offensichtlich ein statistisches Phänomen gibt oder eben auch kein statistisches Phänomen, sondern dass diese Auffälligkeit aufgrund von politischen Entscheidungen dort immer wiederkehrend auffallen. Und ich würde dahingehend gerne die Verwaltung fragen.

Ich beziehe mich im Nachfolgenden auf die immer wiederkehrenden Angaben in den Teilergebnisplänen Ergebnis 24, dann die Spalte Plan 25 und die Spalte Plan 26. Und dort

sieht man an vielen Stellen, nicht in jedem Teilergebnisplan, aber an sehr vielen Stellen einen Ablauf. Ich habe das mal grafisch dargestellt: von Ergebnis 24 zu Plan 25 erstmal ein Absinken. Dieses Absinken bewegt sich manchmal im Bereich weniger 1.000 Euro, aber im Geschäftsbereich IV sind das dann auch schon mal 40 Millionen.

So, sowas kann passieren. Allerdings ist in diesen Fällen, wo es absinkt, meistens die Folge, dass im Plan 26, das ist diese Seite, die entsprechenden Planzahlen wieder ansteigen. Mindestens in die Nähe des Niveaus, wo es 24 im Ergebnis gelandet war. Manches leicht drüber, im Geschäftsbereich IV wiederum 40 Millionen über dem Ursprungszustand.

Am Anfang dachte ich, ich täusche mich. Dann habe ich mir mal genauer unter diesem Aspekt willkürlich Teilergebnispläne angeschaut. Ich finde diesen Winkel, dieses Absinken und anschließend Ansteigen immer wieder in ganz unterschiedlichen Fachbelangen. Selbst im Geschäftsbereich I sehe ich das Phänomen. Geschäftsbereich II, besonders im Geschäftsbereich IV. Ich nehme mal einen völlig unauffälligen Titel daraus, Statistik und Wahlen, dort betreffend die Statistik. Dort geht es um wenige Tausend, aber auch da gibt es diesen Effekt. Und über das Laternenfest muss ich ja nichts erzählen. Da wissen wir auch, dass das wohl mehr oder minder einen politischen Grund hatte, also knapp anzusetzen und dann im Laufe des Jahres, wo das Laternenfest stattfinden soll, nachzusteuern.

Und dahingehend würde ich gerne die Verwaltung erstmal fragen: Ist das tatsächlich ein statistisches Phänomen, dem ich hier aufsitze? Oder beruht dieser Verlauf auf einer politischen Entscheidungsfindung, so weit meine Eingangsfrage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Erstmal vielen Dank, dass Sie sich so einarbeiten in doch manchmal trockene Materie. Ich möchte mit dem Herrn Bürgermeister Geier das Wort erteilen dazu.

Herr Bürgermeister Geier

Ich muss erst mal gucken, wie Sie an diese Grundlagen zur Erhebung dieses statistischen Knicks rankommen, dann kann ich mich dazu äußern.

Aber ich muss sagen, hier per se zu unterstellen, dass das politische Erwägung hat, das finde ich wieder interessant.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke, Herr Bürgermeister. Bitte schön, Fragesteller 2, möchten Sie dazu noch eine Nachfrage stellen?

Fragesteller 2

Also, ich stelle nur Fragen, Herr Bürgermeister, es tut mir leid, wenn Ihnen das zu nahetritt. Ich hätte jetzt eher mit grenzwertig spekuliert.

Ich schlage Ihnen Folgendes vor, ich habe die entsprechenden Teilergebnispläne hier, ich fotografiere mir das und lasse Ihnen den Zettel übers Protokoll zukommen und dann müssen wir mal schauen, wo wir eine Stelle finden, wo wir das mal besprechen können.

Ende des Wortprotokolls

zu 3.3 Fragesteller 3 zu Fördermitteln

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Fragesteller 3

Ja, vielen Dank. Herr Oberbürgermeister, Herr Dr. Vogt, Sie hatten ja kurz nach Ihrem Amtsantritt geäußert, dass die kommunalen Finanzen zumindest noch mal einer dringenden Durchsicht bedürfen. Ich versuche es mal so auszudrücken, wie ich es verstanden habe in der Einwohnerfragestunde. In diesem Zusammenhang steht meine Frage, aber nicht nur ausschließlich in diesem Zusammenhang.

Wenn die Stadt Halle mit kommunalen Mitteln beabsichtigt, Institutionen zu fördern, wie weit achtet sie darauf oder wie weit ist es von Relevanz, ob diese Institutionen sich den demokratischen Gepflogenheiten entsprechend verhalten und ob sie öffentlich-rechtliche Richtlinien einhalten? Das ist eine allgemein gestellte Frage, aber konkret.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ja, ich fange mal allgemein an, dann gehen wir mal konkret rein.

Grundsätzlich ist es natürlich so, der Haushalt ist immer ein Vorschlagsprodukt des Oberbürgermeisters, aber die Entscheidungen werden schlussendlich im Stadtrat getroffen. Ich bin einer von 57 Stimmberechtigten. Wir natürlich machen Vorschläge als Verwaltung, die haben wir auch getan. Und ich kann mir sicherlich, wenn ich jetzt mal konkret reingehe, machen Sie Referenz zu bestimmten Akteuren hier in der Stadtgesellschaft, die Geld erhalten von der Verwaltung. Ich bin ein apolitischer Hauptverwaltungsbeamter. Ich habe mich entschieden, erstmal so weiter zu verfahren, wie wir das gemacht haben im letzten Jahr, obwohl wir auch in der Verwaltung eine Transparenz schaffen und die Stadträtinnen und Stadträte auf dieser Transparenz natürlich entscheiden, welche Akteure hier in der Stadt Halle Geld bekommen sollen für nächstes Jahr.

Ich möchte aber auf eins nochmal ausdrücklich hinweisen. Bei der Fördergelderlogik, also, die Logik, wie wir Fördergelder bekommen für solche zivilgesellschaftlichen Akteure, ist natürlich die, dass hier wir teilweise nur einen kleinen Betrag dazuzahlen. Und 10 % als Beispiel, 90 % ist Förderung vom Bund. Und da muss man sich natürlich ganz genau überlegen, ich bin jetzt mal ganz transparent, ob man nicht bei einer Sache in den sauren Apfel beißt, weil es nicht passt, und wir dafür aber 90 % Geld bekommen.

Was ich damit sagen will, ist, dass die Entscheidungen bei bestimmten Sachen, welche Akteure Geld bekommen, obliegt nicht dem Stadtrat. Es obliegt einem Gremium bei einer Sache, wo wir eine hohe Bundesförderung kriegen. Und das muss ich auch ganz klar sagen.

Aber um zusammenzufassen: Der Stadtrat ist das Gremium, was hier Prioritäten setzen kann. Das werden wir machen, jetzt in den Haushaltsverhandlungen für 2026. Und wenn Sie jetzt konkrete Vereine benennen möchten und dort aufzählen möchten, warum diese Vereine sich antidemokratisch verhalten, dann können Sie das gerne tun. Ich bin ja sehr transparent, das können Sie mir gerne zuschicken und dann schaue ich mir das an.

Fragesteller 3

Ich halte mich bewusst allgemein, aber auch wieder im Konkreten gedacht. Sie haben das Thema Transparenz angesprochen. Sollten Ihnen als Verwaltung bestimmte Unregelmäßigkeiten, Unklarheiten diesbezüglich bekannt geworden sein, wo es sich lohnt, mal draufzuschauen, gehen Sie den Geschichten nach und informieren Sie auch die

Gremien, die dann darüber abzustimmen oder zu befinden haben, ob es die Fraktionen sind oder das entsprechende Gremium. Wie handeln Sie danach?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich habe mir eine Übersicht erstellen lassen über sämtliche Akteure, die freiwillige Leistungen erhalten. Diese Übersicht werden die Stadträte in Kürze bekommen, um Transparenz herzustellen, welche Akteure hier in der Stadtverwaltung Geld bekommen.

Letzte Nachfrage.

Fragesteller 3

Ich meinte eher, wie weit Sie transparent sind über Sachverhalte, die Ihnen vielleicht zu Ohren gekommen sind, was Unregelmäßigkeiten bezüglich demokratischer Gepflogenheiten und Einhaltung von öffentlichen Regeln betrifft.

Meine dritte Frage lautet: Falls Sie diese Sachen nicht berücksichtigen, gibt es in irgendeiner Weise ein juristisches Risiko für die Verwaltung und falls ja, auf welcher Grundlage, gesetzliche Grundlage oder auch haushaltsrechtliche Grundlage? Das war meine dritte Frage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Sie haben bereits schon zwei Fragen gestellt, das heißt, ich wollte jetzt noch eine beantworten und ich würde die aussuchen, mit der juristischen. Mein Kenntnisstand ist es nicht, dass wir als Stadtverwaltung aufgrund von Geldern, die nach Prämissen und nach Zustimmung des Stadtrates an Akteure vergeben werden, dass wir da als Verwaltung juristisch haftbar sind. Ich kann gerne mal das Wort noch dem juristischen Dienst übermitteln, falls er möchte.

Herr Richter

Diese Frage lässt sich so allgemein nicht beantworten. Natürlich gibt es bestimmte Regeln, bestimmte Förderrichtlinien. Und wenn dort vorsätzlich Verfehlungen sind, gibt es auch Anschaffungsansprüche. Aber so pauschal kann man das, wie gesagt, nicht beantworten.

Ende des Wortprotokolls

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 17.09.2025

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass keine Niederschrift zur Bestätigung vorliegt. Er wies darauf hin, dass diese in der nächsten Sitzung vorgelegt wird.

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

**zu 5.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 17.09.2025
Vorlage: VIII/2025/01715**

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass die Informationsvorlage vor dem Wappensaal ausgehängt ist.

zu 6 Beschlussvorlagen

**zu 6.2 Berufung eines Mitgliedes in den Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01582**

Frau Brederlow führte in die Beschlussvorlage ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beruft nach § 4 Abs. 1 der geänderten Satzung über einen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) vom 21.10.2024 folgendes stimmberechtigtes Mitglied in den Behindertenbeirat der Stadt Halle (Saale):

- Björn Reinsch (Freiwilligenagentur-Agentur Halle (Saale) e.V.)

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Unterstützung des Programms „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk!“
Vorlage: VIII/2025/01293**

Herr Heym führte in den Antrag seiner Fraktion ein und verwies auf eine Studie, nach der in Deutschland immer mehr junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss bleiben. Auch aus seinem Umfeld hörte er, dass viele Schulabgänger noch keine Ausbildung oder

Orientierung haben. Er schilderte seine persönlichen Erfahrungen mit der Berufsorientierung an Schulen in Halle.

Er kritisierte, dass die Stellungnahme der Stadtverwaltung den Antrag nicht ausreichend unterstützt und lediglich auf allgemeine Abhängigkeiten hinweist.

Abschließend betonte er, dass es die gemeinsame Verantwortung der Stadtgesellschaft ist, Jugendlichen Orientierung zu geben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt stimmte grundsätzlich zu, dass Berufsorientierung wichtig ist und dass landesweite Angebote wie Praktika hilfreich sind. Er betonte, dass gut organisierte Schulen bereits entsprechende Praktika anbieten und dass die Stadt bereits über bestehende Ansprechpartner wie die Handwerkskammer und soziale Angebote unterstützt. Er sieht durch die Verwaltung keinen zusätzlichen Handlungsbedarf seitens der Stadt und erklärte daher, dass sie dem Antrag aus verschiedenen Gründen nicht zustimmen kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern sie eine Informationskampagne für Schüler ab 15 Jahre und deren Elternhäuser über das Programm „Mach‘ ein Ferienpraktikum im Handwerk! Und erhöh‘ dein Taschengeld!“ unterstützen kann.

Bestandteil der Informationskampagne sollten insbesondere folgende Punkte sein:

1. Voraussetzungen für ein Praktikum, Ansprechpartner bei der Handwerkskammer, insbesondere der Ausbildungsberater dort, und die Obliegenheiten zur Geltendmachung der Praktikumsprämie sollen informell bekannt gemacht werden.
2. Die Stadtverwaltung wirbt bei den städtischen Unternehmen um aktive Beteiligung und Bereitstellung entsprechender Praktikumsplätze.
3. Im Bildungsbeirat wird durch die Stadtverwaltung für das Programm geworben und um Unterstützung der Informationskampagne ersucht.

**zu 7.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses „Halle als sicherer Hafen“
Vorlage: VIII/2025/01497**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Komme ich zum Tagesordnungspunkt 7.2, Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufhebung des Beschlusses „Halle als sicherer Hafen“. Ich möchte wieder zuerst der Fraktion AfD das Wort erteilen. Und dazu habe ich sicherlich Herrn Raue. Genau. Dankeschön, Herr Raue. Bitteschön.

Herr Raue

Ja, vielen Dank, Herr Oberbürgermeister.

Der Stadtrat von Halle hat 2020 einen Beschluss gefasst, der Humanitärkrise in Griechenland entgegenzutreten, Halle als sicheren Hafen. Dieser Stadtratsbeschluss wurde wohl bisher nur mäßig umgesetzt, wenngleich es zu einer Aufnahme gekommen ist. Und er

besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil ist sozusagen der Beitritt zur Potsdamer Erklärung. Der zweite Teil ist für unsere Stadt natürlich wesentlich nachhaltiger und risikoreicher als eine bloße Erklärung.

Und zwar fordert der zweite Teil dieser Resolution, dieses Antrags, dieses Beschlusses die Stadtverwaltung auf, Kontakt zur Bundesregierung aufzunehmen und ihre Bereitschaft zu erklären, zusätzlich ein Kontingent von bis zu 145 Personen aus den Flüchtlingslagern von Griechenland aufzunehmen.

Abgesehen mal davon, dass wir als AfD-Fraktion damals klar auf die Risiken und auf die Bedeutung eines solchen Beschlusses hingewiesen haben, Stichwort Signalwirkung, ist es aus heutiger Sicht offensichtlich so komplett noch nicht umgesetzt. Aber der Beschluss liegt natürlich da. Und der Stadtrat kann natürlich jederzeit auch vom neu gewählten OB einfordern, diesen Beschluss umzusetzen. Und der Beschluss trägt eben für die Stadt Halle ein Risiko, 145 Personen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland aufzunehmen. +Dort sind nach wie vor Menschen in den Flüchtlingslagern untergebracht. Das heißt, theoretisch könnte die Bundesregierung jederzeit sagen: „Stadt Halle, ich nehme eure Bereitschaft an, ich weise euch diese 145 Menschen zu.“

Im ersten Teil des Satzes 2 steht noch der Satz „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“. Die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird in Halle wahrscheinlich ähnlich, wir hatten es gestern im Ausschuss, im Finanzausschuss, wird wahrscheinlich ähnlich sein wie eine Inobhutnahme. Und da habe ich gestern 8.000 Euro gehört, pro Monat. Das würde also heißen, bei 12 Monaten wären das 100.000 Euro pro unbegleiteten minderjährigen Flüchtling, mal 145 Personen haben wir sozusagen mithin im Haushalt theoretisch ein Risiko von 14,5 Millionen Euro. Das müssen wir in jedem Fall abräumen. Das heißt, wir müssen in jedem Fall diesen Beschluss rückabwickeln und zurücknehmen. Das sieht unser Antrag vor.

Wir haben des Weiteren gestern im Ausschuss gehört, und das weist auch die aktuelle Haushaltsplanung aus, dass wir ungefähr 140 Millionen Euro und Tendenz steigend jedes Jahr an Defiziten haben. Also wir können diese freiwillige Aufgabe auch überhaupt nicht leisten. Und deswegen ist es sozusagen ein Beschluss, der schon damals, zur damaligen Zeit, haben wir uns das nicht leisten können. Aber aus heutiger Sicht können wir uns das erst recht nicht mehr leisten. Und deswegen müssen wir den unbedingt zurücknehmen.

Zumal es natürlich nach wie vor große Risiken gibt. Die Bundesregierung steht nicht zu ihrem Wort. Es kommen jeden Monat mehr Flüchtlinge, insbesondere aus dem Orient, aus uns kulturfremden Ländern, zu uns. Bisher sind es wohl 104.000, also bis August. Bis Dezember wären 165.000 Menschen erwartet. Vor allen Dingen Afghanistan, Syrien, Türkei. Also Leute, die im Prinzip nicht wirklich zu uns passen.

Und wenn wir jetzt sagen, der zweite Halbsatz meint nicht unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, sondern meint, genau wie es geschrieben ist, einfach nur Personen, dann haben wir da eben kein Risiko von 14 Millionen, sondern immer noch ein Risiko von 3 Millionen, mindestens 3 Millionen. Und auch dieses Risiko kann sich die Stadt Halle nicht leisten. Und deswegen ist es einfach zwingend, den Bürgermeister von der Durchführung oder vom Vollzug dieses Antrags, dieses Beschlusses zu entbinden. Und nichts Anderes sieht unser Antrag vor. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Raue. Gibt es dazu weitere Äußerungen voran? Frau Ranft, bitte.

Frau Ranft

Ja, man soll ja jetzt Zivilcourage zeigen und gegen solches Zahlenwirrwarr vorgehen, habe ich irgendwo gelesen in einem grünen Verteiler bei mir. Und deswegen, ich war ja gestern auch nicht im Finanzausschuss, deswegen würde ich jetzt gerne mal, also als Erstes würde ich mich natürlich inhaltlich äußern und dann nochmal Herrn Raue nochmal fragen, woher er die ganzen Zahlen hat. Dass er mir die vielleicht nochmal ein bisschen erklären kann. Und es tut mir leid, dass ich jetzt ihm dann noch mehr Platz einräume hier, aber die Zahlen kann ich, glaube ich, nicht so stehen lassen.

Also ich werde dem nicht zustimmen, das ist auch klar, weil ich nicht möchte, dass sich die Stadt von ihrer humanitären Verantwortung verabschiedet. Das wäre ein sehr schlechtes Zeichen, weil wir auch Solidarität und Verantwortung gegenüber Schutzsuchenden haben. Das ist klar.

Deswegen meine Frage: Sie hatten gesagt 8.000 Euro pro Migrant, wenn ich es jetzt richtig verstanden habe. Sie haben gesagt, dass jeden Monat mehr Flüchtlinge kommen, und Sie haben eine erwartbare Zahl genannt bis Dezember, und dann haben Sie was von 14 Millionen und von 3 Millionen gesagt. Das klingt ja jetzt alles sehr gewaltig. Ob Sie mir mal Ihre Quellen nennen können und dann würde ich das mal recherchieren, ob das tatsächlich stimmt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut, vielen Dank, Frau Ranft. Ich würde aber erst Herrn Heym das Wort erteilen, dann Herrn Bernstiel und dann Ihnen, auch wenn Sie direkt angesprochen sind, aber ich denke mal, die Zahlen kriegen Sie auch in fünf Minuten noch hin.

Bitteschön, Herr Heym.

Herr Heym

Für mich ging es jetzt ein bisschen runter. Unser Antrag und die Rücknahme dieses Beschlusses, da geht es darum, zusätzliche Aufnahmen über diese ohnehin der Stadt Halle zuzumutenden Zuweisungen zu verhindern.

Und wenn ich sehe, wie wir mit der Integration bereits jetzt zu kämpfen haben. Bei uns an der Geschäftsstelle sind Zuwanderer aus Polen letztens vorstellig geworden, die sich hier, es ist ein Lehrer gewesen, der sich hier im deutschen Arbeitsmarkt, und wir brauchen dringend Lehrer, entsprechend integrieren möchte. Und der scheitert im Grunde schon an dem Ablauf des Sprachkurses. Dann weiß ich, dass wir uns eigentlich solche zusätzlichen Verpflichtungen überhaupt nicht leisten können.

Mein Kollege hat es beschrieben, und bei dem, was er beschrieben hat, frage ich mich tatsächlich, und darum geht es ja eigentlich, wer kann und wo sind die Voraussetzungen, die alle in angemessener Zeit zu integrieren? Wir sind hier maßlos überfordert, und dabei ist die Maus keinen Faden ab.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank. Ich glaube, das Nächste, der reden wollte, war Herr Bernstiel, bitte.

Herr Bernstiel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es hier mit einem sehr durchschaubaren Antrag zu tun. Und wir wollen ein Stück weit der Pressearbeit, die die AfD sicherlich dann plant, schon mal vorwegnehmen. Denn wie viele in dem Raum hier wissen, waren wir als CDU-Fraktion damals gegen diesen Antrag. Und wir können uns durchaus vorstellen, dass die AfD diesen Antrag hier heute nur aus einem einzigen Grund eingebracht hat. Nicht etwa, um die irreguläre und nicht die illegale Migration zu begrenzen,

sondern um ein Bild zu zeichnen, dass hier niemand mit der AfD zusammenarbeiten will, oder um die CDU vorzuführen.

Ich möchte dazu gerne dann auch etwas sagen. Zum einen, selbst wenn dieser Antrag jetzt eine Mehrheit finden würde und Sie wissen, dass es diese Mehrheit hier gar nicht gibt, weshalb schon die Frage ist, warum Sie den überhaupt einbringen, hätte der überhaupt ja keine Wirkung mehr. Weil dieses Problem, was Sie gerade selber beschrieben haben, gar nicht mehr existiert. Und Herr Raue, Sie mussten sich gerade selbst sehr verrenken, um überhaupt ein Problem zu konstruieren. Wir haben ein Problem mit zu viel irregulärer Migration. Das ist richtig und da stimmen wir Ihnen auch zu. Aber dieser Antrag wird nicht dazu beitragen, dieses Problem zu lösen. Der hat einzig und allein den Zweck, uns gegebenenfalls vorzuführen oder sich selbst wieder ins Schaufenster zu stellen und die vermeintliche Nichthandlungsfähigkeit der, wie nennen Sie, etablierten Parteien zu zeigen.

Und jetzt zu der konkreten Frage, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen werden. Selbst wenn es dafür zu damaliger Zeit mal Sympathien gab, fangen Sie bitte an, bei sich selbst aufzuräumen. Sie gelten in Sachsen-Anhalt nach wie vor als gesichert rechtsextreme Partei. Und solange das nicht geklärt ist, das haben wir nicht verursacht, solange werden Sie von der CDU keine Zustimmung, keine Zusammenarbeit oder sonst irgendetwas erhalten können. Und deswegen ist das, was Sie hier heute machen, gut für die Presse, vielleicht hilfreich für Ihre Social-Media-Arbeit. Es wird aber weder das Problem lösen und es ist auch nicht zuträglich für die Zusammenarbeit hier im Stadtrat und deswegen kriegen Sie von uns da eine Ablehnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Herr Bernstiel. Herr Raue nochmal, bitte.

Herr Raue

Ja, Herr Bernstiel, also würde ich gerne nochmal kurz auf Sie eingehen. Also ich denke, an dieser Stelle sollten wir uns vielleicht einig sein, es geht ja hier auch um Glaubwürdigkeit. Und Sie zeigen uns jetzt ganz klar, wir hätten hier zumindest im Ausschuss die Mehrheit, wir könnten das beschließen mit unseren Stimmen. Und Sie zeigen uns letztendlich ganz klar, dass Sie daran gar nicht interessiert sind, ein Problem zu lösen, was ich beschrieben habe was nach wie vor als Risiko dasteht. Und nehmen sich komplett raus und sagen: Okay, mit der AfD wollen wir das nicht beschließen. Ich nehme Ihnen das überhaupt nicht ab. Ich glaube, Ihnen ist das Problem einfach in Summe komplett egal. Sie ziehen Ihre, wir grenzen uns nach rechts ab, unterstellen einfach mal den Stadträten hier pauschal, was weiß ich, dass Sie vielleicht nicht im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung agieren, zu der ich mich ausdrücklich bekenne und zwar jederzeit. Ja, und ich denke, auch in meiner Fraktion gibt es da niemanden, der da irgendwie anders unterwegs ist. Also uns liegt unser Land ernsthaft am Herzen. Und wir stellen hier einen Antrag zur Korrektur eines nach wie vor geltenden Beschlusses. Und ich wüsste jetzt nicht, dass es in Griechenland keine Flüchtlingslager gäbe. Dieser Beschluss, den die Stadt oder der Stadtrat damals gefasst hat, der ist so pauschal, dass jederzeit der Oberbürgermeister angehalten ist, eigentlich diesen Beschluss auch zu vollziehen, weil er im Prinzip bis heute nicht vollzogen ist. Und dementsprechend stehen hier tatsächlich Finanzrisiken ins Haus, die niemand von uns, und ich denke auch nicht Sie, in irgendeiner Form in der Stadt und im Haushalt abbilden kann.

Und zum Zweiten geht es auch um eine Signalwirkung. Und ich nehme jetzt einfach mal das beim Wort. Sie wollen dieses Signal nach außen überhaupt nicht senden, dass wir hier in Halle im Prinzip an unserer Belastungsgrenze angekommen sind. Ihnen sind die Bürger draußen offensichtlich völlig egal, die jeden Tag in dieser Belastung leben und stehen, die sich teilweise, wenn man nur mal an Kriminalität denkt, die seitdem bei uns ausufert, an die Befürchtungen der Leute, an die Angst, die auf der Straße existiert, die blanke Angst. Ich weiß nicht, wo Sie

wohnen, Herr Bernstiel, ich gönne Ihnen auch Ihren Wohnsitz, und ich möchte auch, dass Sie in jedem Fall in Frieden und unbedroht leben können. Aber viele andere Menschen in Halle-Neustadt, denen geht es anders. Und deswegen: Wir müssen ein Signal senden. Wir können nicht pauschal, und das ist dieser Antrag, pauschal aus den Flüchtlingslagern Flüchtlinge aufnehmen. Wer eigentlich ist derjenige, der im Flüchtlingslager ist? Da muss doch nicht mal eine Asylzustimmung vorliegen. Das ist also in der Art pauschaler Antrag. So würde der wahrscheinlich nicht vollzogen werden, aber er könnte jederzeit vollzogen werden.

Und dann, wenn ich bei den Zahlen, die ich genannt hatte, da würde ich vielleicht auch Frau Brederlow bitten, das mal, die richtige Zahl, zu nennen. Ich habe jetzt einfach abgestellt auf die Personen, die wir in Obhut nehmen. Und da habe ich eben gestern gehört, dass die, was weiß ich, wenn wir die im Heim unterbringen, irgendwo bei 8.000 Euro pro Person liegen. Und dass wir da eben auf solche exorbitanten Nachzahlungen kommen, die wir ja im Haushalt auch jetzt durchschieben. Wir mussten allein gestern 26 Millionen Euro nur für Hilfen zur Erziehung nachschieben. Ich vermute, dass das hier jetzt sozusagen am Ende nicht anders ist. Die andere Zahl, liebe Frau Ranft, die rund drei Millionen, die habe ich mir einfach erlaubt, mal pauschal hochzurechnen. Ich bin nämlich davon ausgegangen, dass jeder Flüchtling hier bei uns etwa irgendwie 20.000 Euro Kosten für die Stadt mindestens bedeutet. Das ist Unterbringung, das sind Finanzmittel, die zur Verfügung gestellt werden, das ist Sorge um die Personen drumherum. Es wird viel mehr sein. Ich habe einfach da mal nicht übertreiben wollen, aber die 20.000 mal 145 sind rund drei Millionen. So bin ich dazu gekommen. Und die 165.000 Flüchtlinge oder Asylbewerber, die bis zum Jahresende erwartet sind, das sind öffentliche Quellen. Die können Sie jederzeit googeln, wenn Sie das eingeben. Und offensichtlich, laut den Zahlen der Bundesregierung, sind wohl 104.000 Asylbewerber bis Ende August gekommen. Die Ablehnungsquote liegt bei 20 %. Das heißt, aber abgeschoben sind bis Juni nur 12.000. Das heißt, also ein Fünftel derer, die hier abgeschoben werden müssten, zurückgewiesen werden müssten, die werden nur zurückgewiesen. Vier Fünftel von denen, die hier keinen Duldungsstatus haben, bleiben offensichtlich auch noch da.

Das heißt, es ballt sich ein Problem auf. Die große Wahllüge der CDU, die klingt quasi an jeder Straßenlaterne jetzt. Und das muss einfach auch diskutiert werden im Haushalt. Und wenn die CDU sich hier verwehrt, dann kann sie das gerne machen. Sie müssen es den Bürgern erklären, wir müssen es nicht erklären. Wir bleiben ehrlich. Wir haben diesen Antrag eingebracht und nicht, weil sich die Planeten um die CDU drehen, sondern weil im Prinzip uns die Sorge der Menschen antreibt und auch im Prinzip die Haushaltsplanung der Stadt Halle kein zusätzliches Risiko von drei bis 14 Millionen braucht. Und deswegen wollen wir den Bürgermeister von dieser Vollzugspflicht entbinden. Das ist unser Ansinnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Gut. Danke, Herr Raue. Frau Müller, bitte.

Frau Müller

Ja, wir werden den Antrag selbstverständlich auch ablehnen, mal nur als Bemerkung noch. Also tatsächlich, an der Stelle muss ich ja jetzt mal die CDU verteidigen. Ich finde schon, dass die CDU das Problem irregulärer Migration sehr ernst nimmt. Der Unterschied, und Sie sagen ja gerade, Herr Raue, wir sind ja ehrlich und wir bleiben ehrlich. Und das haben Sie ja jetzt auch gerade wieder wunderbar durchblicken lassen. Sie haben an irgendeiner Stelle gesagt, haben Sie von Menschen gesprochen, die hier nicht herpassen. Das sagt ja schon alles. Ihnen geht es eben nicht um die Frage, ob es womöglich tatsächlich quantitativ eine Überlastung mit Zuwanderung gibt. Ihnen geht es darum, dass das Menschen sind, auch ganz pauschal, so haben Sie es ausgedrückt, die hier nicht hinpassen. Und da sage ich jetzt mal, das ist dann doch noch der Unterschied zur CDU, die das Thema dann so nicht aufgreift. Und das ist für uns auch schon hinreichend, um an der Stelle uns auch mit diesem Antrag nicht weiter zu beschäftigen.

Zumal Sie hier auch das jetzt ganz wieder als Aufschlag sozusagen für das ganz große Thema genutzt haben, was Sie jetzt zuletzt ausgeführt haben. Das hat mit diesem Antrag hier auch relativ wenig zu tun. Das hat Herr Bernstiel tatsächlich auch ausgeführt, dass Sie hier im Moment wirklich ein Problem aufblasen, was so nicht existiert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Frau Müller. Ich hätte bitte Herrn Kehr wieder, danach an Eigendorf.

Herr Kehr wieder

Ja, es wurden ja jetzt viele Zahlen in den Raum geworfen, dass dieser Beschluss, so wie die Stadträte ihn damals 2020 gefasst haben, angeblich Geld kosten würde, beziehungsweise das Handeln der Verwaltung aktuell bestimmen würde. Deswegen würde ich gerne mal von Frau Brederlow, glaube ich, wissen, wie genau beeinflusst Sie denn dieser Beschluss in Ihrem aktuellen Handeln? Kostet dieser Beschluss diese Stadt Geld, falls dieser Beschluss noch weiter bestehen würde? Und dann kann man das auch sicherlich in der Presse klarstellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank. Dann Herrn Eigendorf, bitte.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen. Herr Raue, Sie haben jetzt viele Zahlen in den Raum gestellt. 104.000, vier Fünftel, 8.000, 20.000, 14 Millionen. Aber all diese Zahlen, die Sie in den Raum werfen, die führen ja nicht dazu, dass das eigentliche Problem, das bei Ihren Ausführungen deutlich wird, dass das verschleiert wird. Und entweder haben Sie mit Ihrem Antrag an Ihrem Thema vorbeigeschrieben oder Sie haben gerade daran vorbeierzählt. Sie sind ja bewusst, Herr Bernstiel hat das umschrieben, mit gymnastischen Übungen von geradezu olympischem Niveau, mit denen Sie versucht haben, das irgendwie zurechtzubiegen.

Am Ende des Tages ist aber, glaube ich, die Beantwortung, welche Substanz Ihr Antrag hat, relativ einfach. Die Stadtverwaltung hat, wie bei jedem, der von jeder Fraktion eingebracht wird, eine Stellungnahme geschrieben und freundlicherweise, um es uns leicht zu machen, hat der Oberbürgermeister direkt schon in den ersten Absatz reingeschrieben, dass es aufgrund dieses Antrages, den Sie hier aufheben wollen, es in der Praxis zu keiner zusätzlichen Aufnahme geführt hat. Zu keiner. Null. Sie stellen also einen Antrag, skizzieren ein Problem, wo Sie Zahlen mit unglaublich vielen Nullen aneinanderreihen, aber faktisch existiert das Problem, das Sie lösen wollen, aufgrund dieses Antrages gar nicht. Das hat die Stadtverwaltung deutlich gemacht.

Und wenn man über den Tellerrand hinausschaut, gibt es ja verschiedene Kommunen in Deutschland, die sich dieser Potsdamer Erklärung zu den sicheren Häfen angeschlossen haben. Soweit ich das recherchiert habe, und Sie haben ja jetzt noch eine Woche Zeit, bis zum Stadtrat danach zu schärfen, gab es in keiner Kommune die nennenswerten Zahlen von zusätzlichen Aufnahmen Geflüchteter, die Sie hier skizzieren. Sie versuchen, aus etwas ein Problem zu machen, wo am Ende drunter die Summe Null steht. Ich glaube, ein bisschen mehr Sachlichkeit tut uns gut, deswegen an der Stelle nochmal herzlichen Dank an die Stadtverwaltung für die Stellungnahme.

Und im Übrigen, weil Sie sich auf die Sitzung des Finanzausschusses gestern bezogen haben, da vielleicht nochmal einen Hinweis. Richtig ist ja die Zahl, die 8.000 Euro, in der Tat, die ist gefallen. Das hat die Stadtverwaltung auch ganz klar bestätigt. Ein kleines Problem an der Stelle ist aber, dass es an dieser Stelle um die Hilfen zur Erziehung ging. Die Frage der Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ist in unserem Haushalt ein ganz

anderer Haushaltsposten und war gestern überhaupt nicht Thema und das, Herr Raue, könnten Sie als Vorsitzender des Finanzausschusses wissen. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Herr Eigendorf. Ich würde jetzt Frau Brederlow eigentlich, weil Sie hatten ja die Frage und ich möchte gerne, dass Sie darauf antwortet. Bitte, Frau Brederlow.

Frau Brederlow

Da muss ich gar nichts hinzufügen, weil das steht in unserer Stellungnahme und es ist nicht ein zusätzlicher Geflüchteter über diesen Beschluss gekommen.

Die Geflüchteten, egal ob volljährig oder minderjährig, werden entsprechend des Verteilschlüssels auf die verschiedenen Kommunen verteilt und das ist ein gesetzlicher Rahmen, den wir hier erfüllen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen Dank, Frau Brederlow. Bitte nochmal. Herr Raue, möchten Sie noch etwas sagen?

Herr Raue

Also Frau Brederlow, Sie haben aber jetzt die Frage nicht beantwortet, die steht tatsächlich noch im Raum. Also die 8.000 Euro, ob es die sind oder nicht, weiß ich nicht, vielleicht sind es 6.000, ja dann sind es 6.000, gut, dann haben wir eben ein Risiko von 145 mal 72.000 am Ende im Jahr, ja, das ist doch trotzdem noch ein 10-Millionen-Risiko.

So, das Zweite: Es steht ein Beschluss, es steht ein Wunsch des Stadtrates, ein Beschluss, ein Auftrag an den Oberbürgermeister, vielleicht kapiert das hier keiner, der steht immer noch da und der muss abgeräumt werden. Es kann natürlich sein, dass der Bürgermeister sagt: „Hier, ich vollziehe den nicht.“ Nichtsdestotrotz hat der Stadtrat einen Anspruch darauf, dass seine Beschlüsse umgesetzt werden. Da möchte ich Sie mal sehen, wenn der Bürgermeister Ihre Beschlüsse nicht umsetzt, da tanzen Sie nämlich hier auf dem Tisch.

Und das zweite, weil jetzt hier alle so sagen, es kamen keine zusätzlichen. Also ich kann mich erinnern, weil ich es selbst im Session gegoogelt habe, und Frau Müller, Sie müssen es wissen, es ist nämlich eine Anfrage der Linksfraktion gewesen, ob denn der Beschluss auch umgesetzt wurde, und da gab es eine Antwort und da gab es ein: „Ja, fünf Leute, nämlich die fünf Leute, sind gekommen.“ Da wüsste ich jetzt nicht, was hier gerade schon wieder für ein Spiel gespielt wird. Entweder die eine Antwort ist falsch oder die andere Antwort ist falsch, es gibt eben da jetzt tatsächlich zwei Antworten, ja, fünf sind zusätzlich gekommen, dann haben die auch ein Preisschild oder nein, sie sind eben nicht gekommen.

Und das zweite ist, was ich eben ja ganz klar sagen muss, nochmal, wir haben einen Auftrag und wenn es eben nur 6.000 Euro pro Monat sind, dann sind es immer noch 72.000 Euro pro Jahr. Das mit dem Risikofaktor 145, das ist ihr Wunsch. Der hat ein Preisschild von irgendwo 10 Millionen Euro und dass dann jedes Jahr, bis die eben rausgewachsen sind und nicht mehr unbegleitet eben auch untergebracht werden müssen. Das ist das eine. Das Letzte: Es geht hier auch um ein Signal, dass wir erschöpft sind, dass wir nicht mehr können, dass es die Bundesregierung klar benannt bekommt oder wer auch immer, oder dass zumindest der Stadtrat ganz klar sagt: „Wir stehen, wir können diesen Beschluss einfach nicht mehr umsetzen, es war ein Fehler, wie auch immer, oder die Zeit hat es überrollt.“ Aber aus diesen Flüchtlingslagern, Herr Bernstiel, können jederzeit theoretisch neue Leute kommen. Sie wissen, dass es auf EU-Ebene da Diskussionen gibt, dass man da irgendwie zusammenkommen will. Letztendlich die Bereitschaft der Stadt Halle, hier nochmal 145 Leute aufzunehmen, die müssen wir abräumen, das können wir uns nicht leisten, ansonsten müssen sie sehen, wo sie dann das Geld herholen. Und müssen den Bürgern auch erklären, warum Sportvereine, warum Kulturstätten nicht mehr, was weiß ich, bespielt werden können

und was weiß ich, warum die Stadtbibliothek mehr Gebühren nehmen muss, warum das Planetarium mehr Gebühren nehmen muss, warum die Steuern der Bürger erhöht werden. Das alles ist ihr Werk, alles, was jetzt kommt, ist ihr Werk. Und da müssen wir eben mal ran und das geht mit einem Signal und hier die Botefalterei, die Flüchtlingsbotefalterei, wo die halbe Stadtverwaltung

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Herr Raue, ich finde, das ufert gerade aus in einer Grundsatzdiskussion über Migrationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind hier im Stadtrat von Halle und deswegen würde ich jetzt Sie bitten, dass wir zur Einigung kommen und zur Abstimmung. Und vielleicht auch Herr Kehr wieder, wenn Sie möchten. Sie hatten sich gemeldet.

Herr Kehr wieder

Ja, ich will mich noch mal kurz auf die Antwort von Frau Brederlow beziehen, weil Sie haben ja recht, es steht in der Stellungnahme. Aber aufgrund der Diskussion musste ich ja leider davon ausgehen, dass die Stellungnahme nicht gelesen wurde. Deswegen wollte ich nochmal, dass Sie es erwähnen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Danke für den Hinweis. Ich würde jetzt gerne zur Abstimmung kommen. Wer ist für den Antrag der AfD? Wer ist gegen den Antrag der AfD? Wer enthält sich? Ich danke Ihnen recht herzlich. Ich komme jetzt zum nächsten.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat hebt seinen Beschluss „Halle als sicherer Hafen“ VII/2020/01316 vom 24.06.2020 auf.

**zu 7.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Förderung der Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger in ihr Heimatland
Vorlage: VIII/2025/01499**

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich komme jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich 7.3, Antrag der AfD-Fraktion zur Förderung der Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger in ihr Heimatland. Ich möchte wieder der AfD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Vierkant.

Herr Vierkant

Vielen Dank. Der Antrag liegt Ihnen ja vor. Wir haben ihn länger verschieben müssen, weil immer noch die entsprechenden Rückfragen zum 42a SGB VIII nicht beantwortet waren. Die sind jetzt beide beantwortet, die Nachfragen.

Entsprechend zum Hintergrund des Antrags. Viele junge Menschen aus aller Welt träumen von einem besseren Leben in Deutschland. Das kann man ihnen nicht verübeln. Das ist jedermanns Recht, so zu träumen. Aber es ist nicht die Möglichkeit in Deutschland, jemandem das zu ermöglichen. Dementsprechend, wenn sie hier ankommen, müssen sie

entsprechend in Obhut genommen werden durch das Jugendamt. Und entsprechend auch rund um die Uhr betreut werden, solange sie minderjährig sind. Deswegen gibt es diese Sonderregelung im SGB VIII, wie damit zu erfahren ist. Es gibt hier ebenfalls Aufnahmequoten vom Land, die zu erfüllen sind. Die Stadtverwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass 2024 die Aufnahmequote zu 100 % erfüllt wurde, 2025 zu 107 %. Das heißt, wir haben unsere Quote übererfüllt in diesem Jahr. Auch dieser Punkt bringt Kosten mit sich. Die Stadtverwaltung hat uns geschrieben, dass entsprechend das weitestgehend ausfinanziert ist. Aber natürlich sind es trotzdem Steuergelder, die hier aufgewendet werden. Daher wäre es wünschenswert, wenn man den Menschen, die hier perspektivisch wahrscheinlich aufgrund verschiedener sozialer Faktoren nicht die Aufstiegschancen haben, die sie sich erträumen, die Perspektiven realistisch aufzeigt und dementsprechend die Gespräche beim Rückkehrzentrum oder bei der Ausländerbehörde führt.

Wir haben hier entsprechend einen Antrag formuliert, dass der Oberbürgermeister gebeten wird. Wir wissen natürlich, dass es eine Aufforderung nicht möglich ist, dass es sich um einen übertragenen Wirkungskreis handelt. Aber vielleicht kann der Stadtrat entsprechend ein Signal senden, dass entsprechend darum gebeten wird, hier vermehrt auf Rückkehrmöglichkeiten zu setzen. Gleichzeitig ist natürlich klar, dass bei unbegleiteten Minderjährigen die Rückkehr nur möglich ist, wenn entsprechend die Eltern beide zustimmen. Was auch der Grund ist, weshalb vermehrt Minderjährige nach Deutschland geschickt werden, um dann die Familien nachzuholen. Wir finden es schöner, wenn die Familienzusammenführung dann auch in der Heimat stattfinden kann, wo man entsprechend auch verwurzelt ist und sich nicht woanders neu eingewöhnen muss mit schlechten Chancen.

Es wäre vielleicht schön, wenn die Stadtverwaltung schon schreibt, sie machen das eh schon, wenn Sie vielleicht an dieser Stelle kurz aufzählen könnten, was Sie konkret machen und was entsprechend, da Sie gerade abgewehrt haben bei Herrn Raue, die einzelnen Kosten pro UMA entsprechend tatsächlich für den Stadthaushalt bedeuten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank. Gibt es dazu weitere Wortmeldungen?

Wir als Stadtverwaltung empfehlen ja, diesen Antrag für erledigt zu erklären. Das sehen Sie ja, das ist unsere Empfehlung. Dem wird nicht gefolgt, deswegen würde ich jetzt zur Abstimmung kommen. Wer ist für den Antrag der AfD? Und dann Enthaltungen.

Ende des Wortprotokolls

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bittet den Oberbürgermeister unbegleitete Minderjährige im Sinne des § 42a SGB VIII prioritär an Rückkehrberatungsstellen oder die Ausländerbehörde zur Förderung der Rückkehr in ihr Heimatland zu vermitteln.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Mitteilung zur Anregung der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu zuckerfreien oder zuckerreduzierten, nicht-alkoholische Getränken auf dem Laternenfest** **Vorlage: VIII/2025/01700**

Herr Gründling informierte, dass beim nächsten Getränkevergabeverfahren ab 2027 berücksichtigt wird. Für 2026 bleibt der bisherige Anbieter zuständig, jedoch wurde bereits mit ihm gesprochen, und es wird auch 2026 Verbesserungen beim Angebot zuckerfreier Getränke geben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Das Laternenfest 2025 in Halle (Saale) war auch in diesem Jahr wieder ein großer Anziehungspunkt für zahlreiche Gäste aus der Stadt und der Region. Dabei fiel auf, dass neben Wasser keine zuckerfreien oder zuckerreduzierten, nicht-alkoholische Getränke angeboten wurden. Ein breiteres Angebot an gesunden und zuckerarmen Alternativen – wie z. B. ungesüßte Tees, Schorlen ohne Zuckerzusatz sowie Light- oder Zero-Varianten gängiger Softdrinks – würde nicht nur dem wachsenden Ernährungsbewusstsein gerecht, sondern auch den Bedürfnissen von Familien, Kindern, älteren Menschen sowie Gästen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

Wir regen daher an, die Ausschreibungsunterlagen für die gastronomische Versorgung beim Laternenfest künftig dahingehend zu ergänzen, dass neben Wasser auch zuckerfreie und zuckerreduzierte, nicht-alkoholische Getränke verpflichtend im Angebot enthalten sind. Auf diese Weise würde das Laternenfest inklusiver und zeitgemäßer gestaltet und gleichzeitig der Förderung einer gesundheitsbewussten Ernährung Rechnung getragen.

zu 8.2 **Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren Sichtbarkeit von Reparaturangeboten und Bewerbung des Reparaturatlas Sachsen-Anhalt** **Vorlage: VIII/2025/01599**

Herr Rebenstorf informierte, dass dies das Abfallvermeidungskonzept vorsieht und die Anregung in der Öffentlichkeitsarbeit so weit aufgenommen wird, wie es in den Medien am besten dargestellt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

In Halle gibt es bereits eine lebendige Reparaturkultur. Vom Repair Café über die Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt Rad+Tat und das Eigenbaukombinat bis hin zu Initiativen wie dem Umsonstladen oder der städtischen „Brauch-Bar“. Ergänzt wird dies durch Veranstaltungen

wie das Festival „Halle repariert!“. Diese Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zu Ressourcenschonung, Abfallvermeidung und Nachhaltigkeit.

Seit 2024 steht zudem der landesweite [Reparaturatlas Sachsen-Anhalt online zur Verfügung](#). Er bietet eine interaktive Karte, auf der Bürgerinnen und Bürger Reparaturmöglichkeiten in ihrer Nähe finden können. Auch das Repair Café Halle ist dort bereits eingetragen.

Vor diesem Hintergrund rege ich an, dass die Stadtverwaltung den Reparaturatlas Sachsen-Anhalt aktiv im Amtsblatt, auf der städtischen Website und in den Social-Media-Kanälen bewirbt. Ebenso rege ich an, dass bei städtischen Veranstaltungen und in den Umweltbildungsangeboten auf die bestehenden Reparaturmöglichkeiten sowie den Reparaturatlas hingewiesen wird.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der Fraktion Volt / MitBürger zur Digitalisierung der Zugangssysteme zu Sportstätten **Vorlage: VIII/2025/01704**

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Stadt die Digitalisierung von Sportstätten-Zugängen bereits umsetzt. 32 von 47 kommunalen Sportstätten und Schulturnhallen sind digitalisiert. Die Umsetzung wird fortgeführt, soweit es die finanziellen Möglichkeiten erlauben, um die Digitalisierung im Sport weiter zu steigern.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Die Digitalisierung der Zugangssysteme zu städtischen Sportstätten stellt einen wesentlichen Schritt in Richtung effizienter Verwaltung, moderner Nutzungskonzepte und Nutzer:innenfreundlichkeit dar. Auch wenn bei den drei städtischen Sportkomplexen dabei bereits Fortschritte erzielt werden konnten, herrscht bei den Schulturnhallen noch großer Verbesserungsbedarf. Im Zuge der fortschreitenden digitalen Transformation befürworten wir die Einführung digitaler Zugangssysteme für die Sporthallen, Sportplätze und Schulturnhallen der Stadt Halle. Ebenso sollen Nutzungsbeantragung, Vergabe und Abrechnung durch Digitalisierung vereinfacht und flexibler gestaltet werden. Das System ist idealerweise mobil nutzbar, beispielsweise über den NFC-Chip im Mobiltelefon. Derzeit erfolgt der Zugang zu städtischen Sportstätten noch über klassische Schlüsselsysteme, die einen erheblichen administrativen und personellen Aufwand mit sich bringen. Eine Digitalisierung der Zugangssysteme bietet eine Vielzahl von Vorteilen:

- Durch digitale Zutrittskontrollen entfällt die Notwendigkeit, physische Schlüssel abzuholen und zurückzugeben. Der Personalaufwand für die Schlüsselverwaltung wird reduziert oder kann entfallen.
- Berechtigungen können flexibel und ortsunabhängig erteilt oder entzogen werden. Nutzer:innengruppen (z. B. Vereine, Schulen, private Buchungen) erhalten personalisierte und zeitlich begrenzte Zugangscodes oder digitale Schlüssel.
- Eine lückenlose Dokumentation ermöglicht eine präzise Nachverfolgung, wer die Sportstätte wann genutzt hat. Bei Schäden oder Unregelmäßigkeiten kann eine bessere Zuordnung erfolgen.
- Eine automatische Abrechnung der Nutzungsgebühren sowie der Betriebskosten kann direkt über das digitale System erfolgen. Die Nutzungshäufigkeit und Effizienz der Sportstätten lassen sich systematisch auswerten, um gegebenenfalls Anpassungen in der Vergabe vorzunehmen.

- Darüber hinaus eröffnet die Digitalisierung erstmals die Möglichkeit, die tatsächliche Nutzung von vergebenen Hallenzeiten systematisch zu erfassen. So kann erkennbar werden, wenn vereinbarte Nutzungszeiten nicht regelmäßig wahrgenommen werden. Die dadurch entstehenden freien Kapazitäten können von der Stadt anderweitig vergeben werden.

Damit würde die Stadt Halle zudem einen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit und Transparenz im Vergabeverfahren leisten.

Vor diesem Hintergrund regen wir an, ein Konzept zur Einführung eines digitalen, barrierefreien Zugangssystems für die städtischen Sportstätten und Schulturnhallen in Halle zu erarbeiten. Dieses System soll ebenso die Nutzungsbeantragung, Vergabe und Abrechnung durch Digitalisierung vereinfachen und flexibler gestalten. Dabei werden die wirtschaftlichen und technischen Aspekte (auch durch eine Wirtschaftlichkeitsanalyse) sowie Erfahrungswerte aus anderen Kommunen berücksichtigt. Ebenso sollen Aussagen zum Datenschutz, zur Datensicherheit (ISMS) und zur Ausfallsicherheit getroffen werden. In diesem Zusammenhang regen wir zudem die Einrichtung eines digitalen „Marktplatzes“ an, über den Vereine ihre ungenutzten Zeiten transparent anbieten und anderen Vereinen zugänglich machen können. Dadurch würde eine flexiblere und insgesamt bessere Auslastung der vorhandenen Sportstätten ermöglicht.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung der Stadtrates Herr Feigl zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Bock informierte, dass die Inhalte des Berichts des Oberbürgermeisters in seiner Hoheit liegen und er entscheidet, was aufgenommen wird. Der Rat kann darüber diskutieren, aber die inhaltliche Verantwortung liegt beim Oberbürgermeister, wie im Kommunalverfassungsgesetz festgelegt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Herr Feigl bezog sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters und regte an, in zukünftigen Berichten auch die Probleme und Schwierigkeiten der Stadt offen darzustellen. Als Beispiel nannte er das Haus in der Brüderstraße 7, bei dem trotz großer Anstrengungen der Verwaltung keine Rettung möglich war. Er betonte, dass sowohl der Rat als auch die Öffentlichkeit ein Recht darauf haben, auch über solche negativen Entwicklungen informiert zu werden, um ein ausgewogenes Bild der Stadt zu erhalten.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zu Hundewiesen und Hundetoiletten Vorlage: VIII/2025/01597

Herr Rebenstorf informierte, dass die Stadt bereits rund 111 Hundetoiletten im Stadtgebiet installiert hat. Fehlende werden nachgerüstet. Außerdem werden Papierkörbe aufgestellt, und durch die Hundewiesenpartnerschaften soll die Sauberkeit weiter verbessert werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Damit sich Hunde auch ohne Leine frei bewegen dürfen, existieren in Halle Hundewiesen. Für ihre Hinterlassenschaften gibt es Hundetoiletten. Allerdings befindet sich nicht an jeder Hundewiese eine Hundetoilette. Zudem sind einige Wiesen ungepflegt und vermüllt. Beispielgebend dafür steht die Hundewiese Oebisfelder Weg.

Wir regen an:

Die Verwaltung prüft, an welchen Hundewiesen Hundetoiletten fehlen. Sollte es der städtische Etat zulassen, werden dort Hundetoiletten installiert.

Hinsichtlich der Vermüllung der Wiesen könnte die Verwaltung ebenfalls tätig werden. In diesem Kontext wäre ein Hinweisschild denkbar, welches die Besitzerinnen und Besitzer von Hunden daran erinnert, dass sie ein Stück weit selbst für Ordnung und Sauberkeit auf den Hundewiesen verantwortlich sind.

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung der Fraktion Hauptsache Halle zum Umgang mit Pressemitteilungen der Stadt Halle Vorlage: VIII/2025/01598

Herr Bock informierte, dass Pressemitteilungen auf der Startseite von Halle.de veröffentlicht und die Fraktionen direkt über den Presseverteiler informiert werden, sodass die Anregung bereits umgesetzt ist und daher nicht weiter erforderlich ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Im Tagesordnungspunkt 8 der Stadtratssitzung am 27. August 2025 wurde bemängelt, dass die Fraktionen nicht über die Einweihung eines neuen Einsatzfahrzeuges der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Nietleben am 21. August 2025 vor dem Stadthaus informiert wurden. Die Verwaltung reagierte mit dem Hinweis, dass sie auf der Homepage der Stadt tags zuvor eine Pressemitteilung veröffentlicht hätte. Dieser existierende Kommunikationsweg erscheint zu einseitig und ließe sich durchaus optimieren.

Wir regen deshalb an:

Die Pressestelle oder das Team Repräsentation leiten die Pressemitteilungen kurz nach ihrer Veröffentlichung an die Fraktionsgeschäftsstellen weiter, damit die dort tätigen Mitarbeiter ihre Stadtratsmitglieder darüber informieren können.

Wünschenswert wäre in diesem Kontext ebenfalls ein Terminkalender für Veranstaltungen, Einweihungen, Empfänge etc., der den ehrenamtlich tätigen Stadträtinnen und Stadträten die Möglichkeit gibt, ihre persönliche Terminplanung gezielter und langfristiger vornehmen zu können.

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zur Errichtung einer Genscher-Bank auf dem Marktplatz
Vorlage: VIII/2025/01660

Frau Dr. Marquardt informierte, dass die Anregung geprüft wird. Ergebnisse der Prüfung sollen im Kulturausschuss im April nächsten Jahres berichtet werden, im Hinblick auf das Leitbild Marktplatz und das Thema März 2027.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Hans-Dietrich Genscher war eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Als Bundesaußenminister und Vizekanzler prägte er über Jahrzehnte die deutsche Außenpolitik und war ein Architekt der deutschen Einheit. Seine Verwurzelung in Halle (Saale) hatte er stets betont und mit Stolz getragen. Zurecht ist er Ehrenbürger unserer Stadt.

Vor diesem Hintergrund und beziehend auf unseren ursprünglich gestellten Antrag zur Unterstützung der Errichtung einer Genscher-Bank auf dem Marktplatz Halle (Saale) (VIII/2025/01172), regen wir Folgendes an:

1. Die Stadtverwaltung unterstützt die Initiative aus der Zivilgesellschaft heraus zur Errichtung einer Genscher-Bank auf dem Marktplatz als würdige und moderne Erinnerung an den gebürtigen Hallenser und ehemaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.
2. Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Umsetzung des Projekts im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung in das Leitbild Marktplatz einzupflegen und insbesondere geeignete Standortvorschläge in vorgesehenen Zonen für „Kontemplation“, „Verweilen“ und „Sitzgelegenheiten“ einzubeziehen.
3. Die Genscher-Bank soll nicht als klassisches Denkmal errichtet werden, sondern als ein Ort des Innehaltens und Verweilens im Alltag der Stadt funktionieren. Eine solche Bank ist niedrigschwellig und zugleich würdevoll – sie verbindet Gedenkkultur mit Aufenthaltsqualität. Auf der Bank soll der Auszug aus Genschers Rede (s.u. Abbildung 1) in der Prager Botschaft 1989, in der er die Hallenser ausdrücklich erwähnte, dargestellt werden. Der Text könnte lauten: „Ich darf Sie im Namen der Bundesregierung begrüßen. (Jubel) Sie werden mir erlauben, dass ich den Hallensern unter ihnen einen besonderen Gruß ... (Jubel) Ich bin zu Ihnen gekommen - Ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise...“ (Jubel).“
4. Zugleich wird festgehalten, dass die Genscher-Bank perspektivisch auch auf das dann erschlossene Gelände des geplanten Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation verlegt werden kann.
5. Genschers Geburtstag jährt sich am 21. März 2027 zum 100. Mal. Eine zeitnahe Projektumsetzung bietet sich vor diesem Hintergrund an.

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung der Fraktion FDP/FREIE WÄHLER zu "ein Hund im Büro"
Vorlage: VIII/2025/01573

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass die Anregung aufgenommen wird. Die Stadt orientiert sich an einem erfolgreichen Pilotprojekt in Magdeburg und klärt derzeit mit dem Personalrat die Voraussetzungen wie Einverständniserklärungen. Danach soll eine eigene Pilotphase starten.

Herr Heym regte an, bei der Prüfung der Maßnahme auch mögliche Probleme wie Druck auf Mitarbeitende bei Einverständniserklärungen oder Versetzungen zu berücksichtigen und geeignete Lösungen vorzusehen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER regt an, dass der Oberbürgermeister prüft, ob und in welchem Rahmen die Mitnahme von Hunden an den Arbeitsplatz („Bürohunde“) in geeigneten Bereichen der Stadtverwaltung ermöglicht werden kann.

Bereits in der vergangenen Wahlperiode hatte die damalige FDP-Fraktion einen Antrag zur Zulassung von Bürohunden eingebracht (VII/2021/02826). Dieser wurde seinerzeit zurückgezogen, da er in den unmittelbaren Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters eingegriffen hätte. Mit der nun vorliegenden Initiative knüpft die Fraktion FDP/FREIE WÄHLER an das Thema an, allerdings in Form einer Anregung, die sich direkt an den Oberbürgermeister richtet. Dass Hunde einen positiven Effekt haben können, zeigte zuletzt unser Oberbürgermeister Dr. Alexander Vogt im Wahlkampf mit seinem Hund Henri.

Darüber hinaus haben sich inzwischen auch die Rahmenbedingungen weiterentwickelt. In verschiedenen Verwaltungen wird die Mitnahme von Hunden an den Arbeitsplatz bereits erfolgreich praktiziert. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Berliner Senatskanzlei, die im Februar 2025 ein Pilotprojekt gestartet hat (vgl. Pressemitteilung vom 19.02.2025). Darüber hinaus belegen wissenschaftliche Studien die positiven Effekte von Bürohunden: Sie tragen nachweislich zur Reduzierung von Stress und Burnout-Risiken bei (Virginia Commonwealth University, 2012), erhöhen die Mitarbeiterzufriedenheit, Motivation und Teamfähigkeit und fördern zugleich soziale Kompetenzen sowie ein positives Betriebsklima. Auch für die Stadt Halle (Saale) könnte die Zulassung von Bürohunden ein wichtiger Beitrag sein, die Arbeitgeberattraktivität der Verwaltung zu steigern und die Bindung von Mitarbeitern langfristig zu sichern. Eine Umsetzung wäre zudem ohne zusätzliche finanzielle Belastungen möglich.

zu 8.9 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Jacobi zum Haushalt

Frau Brederlow informierte, dass die Hinweise bei der Evaluation der Satzung berücksichtigt werden. Sie wies darauf hin, dass die Sanierung des Hauses der Wohnhilfe eigentlich nicht vorgesehen ist, sondern ein neues Konzept.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Frau Jacobi schlug vor, die Satzung zur Wohnhilfe zu überarbeiten, um mehr Einnahmen zu erzielen. Sie sagte, dass diejenigen, die wirklich Unterstützung brauchen, ohnehin nichts bezahlen müssen, und dass die Beiträge der anderen teilweise vom Bund erstattet werden. Wenn die Beiträge leicht erhöht werden, könnte man dadurch mehr Gelder vom Bund erhalten. Zudem wies sie darauf hin, dass in der aktuellen Satzung der große Sanierungsstau beim Haus der Wohnhilfe nicht berücksichtigt ist. Deshalb regte sie an, bei einer nächsten Satzungsänderung die Beiträge entsprechend anzuheben, um die Finanzierung sicherzustellen.

zu 8.10 Mitteilung zur Anregung der Stadträtin Frau Jacobi zu einer Leerstandsteuer

Herr Bürgermeister Geier informierte, dass eine Leerstandsteuer nach deutschem Steuerrecht grundsätzlich möglich ist, setzt jedoch zwei Voraussetzungen voraus: 1. eine angespannte Wohnungsmarktlage in der Stadt und 2. eine Ermächtigung im Kommunalabgabengesetz, die aktuell in Sachsen-Anhalt nicht besteht.

Frau Jacobi fragte, ob die Leerstandsteuer auch auf leerstehende Gewerbeflächen angewendet werden kann, um Anreize für alternative Nutzungen zu schaffen. Weiter fragte sie, ob sich die Verwaltung dafür einsetzt, dass Sachsen-Anhalt die rechtliche Grundlage für Kommunen schafft, da dies ein Mittel zur Einnahmensteigerung sein kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, dass die Kommune es als ihre Aufgabe ansieht, auf Landes- und Bundesebene für kommunale Interessen zu lobbyieren, etwa über Städtetag, Städte- und Gemeindebund oder direkt.

Herr Bürgermeister Geier bestätigte, dass Initiativen gegenüber dem Land sinnvoll sind, jedoch am besten gemeinsam mit anderen Städten über den Städte- und Gemeindebund erfolgen sollten. Für eine Leerstandssteuer auf Gewerbeflächen gilt wie bei Wohnungen, dass zunächst eine angespannte Gewerbeflächensituation vorliegen muss, was derzeit nicht der Fall ist.

Herr Heym bezog sich auf Frau Jacobis Aussage, durch eine Steuer einen Kontrahierungszwang für Gewerbeimmobilien einzuführen, da dies die Vertragsfreiheit der Eigentümer einschränken würde, und äußerte seine Ablehnung dies gegenüber.

Frau Ranft sagte, dass es darum geht, zu prüfen, warum Leerstand für Eigentümer vorteilhaft sein könnten. Gespräche mit Eigentümern und Verantwortlichen haben bisher keine praktikablen Lösungen gebracht, obwohl die Beteiligten intensiv am Thema arbeiten.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass es beim Umgang mit Leerstand drei Varianten gibt: Erstens steuerrechtlich: Leerstand wird vom Bund als Verlust behandelt, was für Eigentümer eher förderlich als schädlich ist. Zweitens Bezuschussung: Eigentümer können durch finanzielle Unterstützung motiviert werden, ihre Immobilien zu vermieten, wie es etwa bei der Belegung der Innenstädte bereits ausprobiert wurde. Ohne Bundesmittel bleibt dies jedoch eine freiwillige Aufgabe, die das Haushaltsrecht einschränkt. Drittens Lenkungssteuer: Eine Leerstandsteuer könnte verhaltenssteuernd wirken, ähnlich wie die Zweitwohnsitzsteuer, und dient weniger der Einnahmesteigerung als der Anregung bestimmter Handlungen.

Frau Jacobi betonte, dass die Problematik von Leerstand bei Gewerbeflächen oft dadurch entsteht, dass Eigentümer im Ausland sitzen und keinen Bezug zu den Objekten in der Kommune haben. Eine Steuer oder andere Maßnahmen könnten daher langfristig wirken. Sie regte an, nicht einzelne Objekte, sondern die tatsächlich leeren Quadratmeterflächen als Bezugsgröße zu betrachten, da dies die Dringlichkeit des Leerstands besser sichtbar mache.

Herr Raue erklärte, dass ein Eigentümer weder von Wohn- noch von Gewerbeflächen pauschal haftbar gemacht werden kann, wenn diese nicht vermietet sind, da viele Faktoren eine Rolle spielen. Bei Gewerbeflächen müsse der Vermieter einen Mieter auswählen, von dem er glaubt, dass das Geschäftskonzept rentabel ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Anregung:

Frau Jacobi schlug vor, eine Leerstandsteuer einzuführen. Sie verwies auf das Konzept Urbane Innenstadt, wo viele Gebäude aufgelistet sind, die leerstehen und verfallen, wie in der Brüderstraße 7. Eine Leerstandsteuer könnte die Eigentümer motivieren, aktiv zu werden und so die Innenstadt attraktiver zu gestalten.

zu 9 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt wies darauf hin, dass die Antwort zur Anfrage unter TOP 9.1 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen wird.

zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Herr Eigendorf zum IKC

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Zuständigkeitsordnung des Stadtrates regelt klar, für welche Themen welcher Ausschuss zuständig ist. Diese Zuständigkeitsordnung verweist grundsätzlich über planungs- und bauordnungsrechtliche Themen in den Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung, wohingegen der Hauptausschuss gerade für wichtige Gemeindeangelegenheiten zuständig ist.

Ich möchte an dieser Stelle trotzdem ein Thema aus diesem Themengebiet hier ansprechen. Gerade weil die Berichterstattung rund um das Bauantragsverfahren des IKC in den letzten Tagen in der Presseberichterstattung auch durch entsprechende Pressemitteilungen, Presseerklärungen der Stadt eine zentrale Rolle eingenommen hat.

Wir reden bei einem Bauantragsverfahren ja von einem sehr dankbaren, weil im deutschen Baurecht oder im Bauordnungsrecht sehr klar geregelten Verfahren, bei dem am Ende der Kommune kein kommunaler Ermessensspielraum zukommt, sondern es gibt einen klaren Katalog von Anforderungen und wenn all diese Anforderungen erfüllt werden, dann ist eine entsprechende Genehmigung zu erteilen. Dann hat die Person, die in unserem Land einen Bauantrag stellt, entsprechend auch den Anspruch darauf, die Genehmigung zu erhalten.

Und vor diesem Hintergrund und der Berichterstattung der letzten Tage, auch der medialen Äußerungen der Stadt, möchte ich nochmal ganz konkret nachfragen in Bezug auf dieses Bauantragsverfahren. Welche Anforderungen sind jetzt am heutigen Tag in Bezug auf dieses Verfahren tatsächlich nicht erfüllt? Und falls es Anforderungen gibt aus dem Bauantragsverfahren, die zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfüllt sind, würde ich gerne wissen, wo und in welchem Teil der Stadtverwaltung gerade die entsprechende Prüfung läuft. Und bis wann mit einem Abschluss dieser Prüfung zu rechnen ist. Vielen Dank.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Ich kann das ganz kurz machen, diese Fragen werde ich hier nicht im öffentlichen Teil beantworten, weil es hier um Grundstücksverkäufe geht und deswegen werde ich mich nur im nicht öffentlichen Teil dazu äußern.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Diese Aussage irritiert mich. Ich habe ganz konkret zu keinem Grundstücksverkauf eine Frage gestellt, sondern zu einem Bauantragsverfahren. Bei diesem Bauantragsverfahren gab es ja entsprechende Presseanfragen, die nach meiner Kenntnis von der Stadtverwaltung beantwortet wurden. Zumindest kann ich mir nur so erklären, dass die Stadt entsprechend der Presseberichterstattung zu diesem konkreten Bauantragsverfahren zitiert wird. Ich finde es an der Stelle irritierend, dass die Stadtverwaltung zu diesem Verfahren öffentlich Stellung nimmt, sich öffentlich gegenüber der Presse zu Einzelheiten erklärt, insbesondere zu Einzelheiten, die bestimmte nicht erfüllte Anforderungen betreffen. Wir an dieser Stelle aber nicht die Möglichkeit haben, hier im entsprechenden Teil auch nachzufragen.

Konkret ist nach meiner Kenntnis das ja so gewesen, dass die Stadtverwaltung zum Beispiel zum Thema einer wie auch immer gearteten Zufahrt sich in der Presse geäußert hat. Herr Großer hat jetzt schon mit dem Kopf geschüttelt. Darf ich also davon ausgehen, dass die Presse sie ohne ihre Autorisierung zitiert hat? Oder warum können wir dann hier nicht darüber reden, aber die Stadt kann sich in den Medien dazu äußern?

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

So, ich wiederhole nochmal, Herr Eigendorf. Die Tiefe ihrer Fragen zielen in eine Richtung, die direkt zu tun haben mit der Veräußerung und mit vertraglichen Angelegenheiten zwischen der Stadt und einem Bauträger, Bauherrn und privatrechtlich. Deswegen, ich wiederhole nochmal: Das, was ich in der Presse gesagt habe, ist öffentlich normal, dass ich sowas sagen kann.

Ich möchte vielleicht eins nochmal dazu sagen: Dem Bauantrag oder der Baugenehmigung steht nichts im Wege. Es ist so, dass ich als Oberbürgermeister, wenn ich das nicht zu mir auf den Tisch ziehe, über Baugenehmigungen nicht entscheide. Und so, wie ich das in der Presse zitiert habe, würde ich es wieder tun. Es sind alle Voraussetzungen meiner Meinung nach erfüllt, um hier den Bauantrag entsprechend zu geben. Dankeschön.

Ich wollte nochmal darauf hinweisen, ich werde mich dazu hier nicht mehr im öffentlichen Teil äußern und dann im nichtöffentlichen Teil. Dankeschön.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.3 **Anfrage der Stadträtin Frau Ranft zum IKC**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Ranft

Vielleicht können Sie ja was dazu sagen zu diesem eigenartigen Vorgang mit diesem Gesprächstermin. Also, es bezieht sich auf das gleiche Thema, das war ja auch in der Presse, kenne ich auch nur aus der Presse und von dem öffentlichen Brief, den wir alle vom Islamischen Kulturzentrum bekommen haben. Da war der Termin auf Dienstag, dann hieß es, das IKC kennt den Termin nicht. Also, das war jetzt etwas Öffentliches. Dann hieß es, Sie sind nicht gekommen und es gibt jetzt Donnerstag oder Freitag einen Termin. Dass Sie das einfach mal sagen, wie das jetzt ist. Weil ich habe ja die Information auch nur aus der Presse. Und Sie sagen dann: „Der Baugenehmigung steht nichts im Wege.“ Aber warum bekommen wir dann diesen Brief und warum liegt die nicht vor? Das verstehe ich einfach nicht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Warum ich den Brief bekomme und Sie den Brief fragen, das müssen Sie das IKC fragen. Ich selber habe, obwohl mir das eigentlich ein bisschen zu weit geht, mittlerweile auch schon mal meine Termine, wann ich jemanden anrufe, um hier Auskunft zu geben. Ich mache das gerne, ich bin ein sehr transparenter Oberbürgermeister.

Es ist so, dass es eine Kontaktaufnahme von mir gab und zwar wenige Stunden, noch viel schneller, augenblicklich, nachdem ich diesen Brief sah, weil ich diese Art und Weise dieses Briefes diplomatisch nicht sehr höflich fand, ohne vorher konkret nochmal mit mir Kontakt aufzunehmen. Und da ich jemand bin, dem es sehr wichtig ist, natürlich, dass wir hier gute Verhältnisse haben als Stadtverwaltung zu allen Akteuren in dieser Stadt, habe ich deswegen sofort mein Büro angewiesen, dort unter der verfügbaren Telefonnummer auf der Internetseite anzurufen. Da ging nur der Anrufbeantworter ran. Wir haben es jetzt nochmals versucht, wir haben eine Nachricht hinterlassen, entsprechend zu einem Terminangebot, so schnell wie möglich am nächsten Tag. Darauf wurde nicht reagiert. Wir haben dann eine E-Mail geschrieben, auf die E-Mail wurde dann reagiert und wir haben jetzt einen Termin, noch diese Woche gemeinsam, um hier entsprechend auch sich auszusprechen. Und ich glaube, diese Dissonanzen und diese Missverständnisse einfach auf eine normale Art und Weise hier auch auf den Weg zu holen.

Ich kann gerne das nochmal wiederholen, aber ich kann das gerne nochmal im nichtöffentlichen Teil wiederholen.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.4 **Anfrage der Stadträtin Frau Müller zum IKC**

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Müller

Ich hatte mich eigentlich wegen einem anderen Thema gemeldet. Das mache ich dann danach. Ich wollte jetzt nur noch mal die Frage stellen. Herr Oberbürgermeister, bedeutet „Es steht einem Bauantrag nichts mehr im Wege“ für Sie das Gleiche wie „Wir erteilen die

Genehmigung für diesen Bauantrag“? Das will ich jetzt nur mal sozusagen im Ausdruck geklärt haben. Weil einer Baugenehmigung nichts mehr im Wege steht, heißt das nicht zwangsläufig, dass sie auch gegeben wird oder erteilt wird. Ich wollte jetzt nur mal von Ihnen wissen, ob die Formulierung „Einer Baugenehmigung steht nichts mehr im Wege“ für Sie das Gleiche bedeutet wie „Sie wird erteilt“.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Müller, nochmal, es steht der Genehmigung des Bauantrags nichts im Wege und somit sind wir nach rechtsstaatlichen Maßstäben als Verwaltung entsprechend verpflichtet, diese zu erteilen.

Frau Müller

Gut, danke. Das wollte ich doch nur mal hören. Ich würde übrigens mal zu dem gesamten Punkt Ihr Wortprotokoll beantragen.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.5 Anfrage der Stadträtin Frau Müller zum Wohnblock in der Mendelssohn-Bartholdy-Straße

Frau Müller sprach zu den Problemen der Wasserversorgung in einem Wohnblock in der Mendelssohn-Bartholdy-Straße und erwähnte, dass die Stadtverwaltung Maßnahmen ergriffen hat, um den Bewohnern zu helfen, wie den Zugang zu Duschen in einer Schwimmhalle. Sie fragte, was die Stadtverwaltung darüber hinaus unternommen hat, um die Situation zu lösen, und insbesondere, ob es Informationen über den Stand des Insolvenzverfahrens gibt. Sie kritisierte, dass es sich nicht um den ersten Vorfall dieser Art handelt und dass die Stadt häufiger Probleme mit dieser Immobiliengesellschaft hat.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass der Vorfall durch einen Wasserrohrbruch in einem Wohnblock verursacht wurde, der dazu führte, dass bestimmte Räume unbewohnbar wurden. Die Feuerwehr hat das Wasserrohr stillgelegt, und die Stadt hat daraufhin mit der HWS eine Notversorgung mit Wasserkanistern organisiert. Er betonte, dass dies ein anderer Fall ist als gewöhnliche Probleme, bei denen der Vermieter nicht zahlt. Es gab Schwierigkeiten, den zuständigen Ansprechpartner der betroffenen Firma zu erreichen. Er erklärte, dass die Stadt deshalb den Bewohnern Duschköglichkeiten in der Neustädter Schwimmhalle zur Verfügung gestellt hat. Er sagte, dass die Stadt keinen genauen Stand zum Insolvenzverfahren hat. Hierzu müsste man sich an das zuständige Amtsgericht wenden, um Informationen zum Insolvenzverfahren zu erhalten.

zu 9.6 Anfrage der Stadträtin Frau Müller zum Wohnraumaufsichtsgesetz

Frau Müller bezog sich auf einen früheren Fall eines Wohnblocks im Südpark, bei dem Rechnungen nicht bezahlt wurden und die Energieversorgung abgestellt werden musste. In diesem Fall wurde die Anwendung des Wohnraumaufsichtsgesetzes abgelehnt, weil die grundlegenden Mindestanforderungen, wie funktionierende Heizungsanlagen und Energieversorgung, technisch vorhanden waren, auch wenn die Rechnungen nicht beglichen wurden. Sie sagte, dass es im aktuellen Fall um eine andere Situation geht, wo die Wasserversorgung tatsächlich nicht funktionsfähig gewesen war, was eine der Mindestanforderungen des Wohnraumaufsichtsgesetzes betrifft. Die Wasserversorgung war

über Wochen gestört, und es gab keinen Notdienst. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung in diesem Fall gemäß dem Wohnraumaufsichtsgesetz tätig geworden ist, da die Zustände nicht nur durch die kaputte Wasserversorgung problematisch sind, sondern auch durch Schimmel, der gesundheitsschädlich ist. Sie bat um Überprüfung, um gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen, um den Zustand der Wohnräume zu verbessern.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass das Wohnraumaufsichtsgesetz darauf abzielt, die Versorgung einer Wohnung zu prüfen und festzustellen, ob bestimmte Kriterien erfüllt sind. Eine kurzfristige Havarie wie ein Wasserrohrbruch führt nicht automatisch dazu, dass die Wohnung als unbewohnbar gilt. Er betonte, dass bei längeren Ausfällen und den damit verbundenen Folgen wie Schimmelbildung eine Überprüfung durch das Ordnungsamt sinnvoll ist. Er empfahl, den Fall mit dem Ordnungsamt zu besprechen, da dieses für solche Prüfungen zuständig ist.

zu 9.7 Anfrage der Stadträtin Frau Müller zu Insolvenzverfahren

Frau Müller bezog sich auf die Insolvenz der Muttergesellschaft DEGAG und fragte, ob insolvente Immobiliengesellschaften ihre Grundsteuer in Halle zahlen. Sie fragte, ob die Stadt prüft, dass diese Unternehmen ihre Grundsteuerpflichten erfüllen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bestätigte, dass die Stadtverwaltung die Zahlungen der Grundsteuer im Blick hat.

zu 9.8 Anfrage des Stadtrates Herr Vierkant zum Gesundheitskollektivs Halle

Herr Vierkant bezog sich auf Beschwerden von Bürgern aus Heide-Nord, die Werbung für das Gesundheitskollektiv Halle bemerkt hatten. Er sagte, dass eine Veranstaltung hierzu am Montag geplant ist. Er erwähnte, dass die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit dem Quartiersmanagement diese Veranstaltung unterstützt, aber keine Informationen darüber gibt, wer hinter diesem Personenkreis steht, warum sie als seriös gelten und ob tatsächlich ein Bedarf besteht, dass diese Gruppe in den Räumlichkeiten des Quartiersmanagements tätig ist. Er fragte, ob die Stadt eine Überprüfung der Seriosität durchgeführt hat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.9 Anfrage des Stadtrates Herr Raabe zum Sicherheitspersonal im Ratshof

Herr Ferdinand Raabe bezog sich auf die Sicherheitsmaßnahmen im Ratshof und stellte hierzu folgende Fragen:

1. Sind die Sicherheitskräfte aus bestehenden Sicherheitsbereichen versetzt worden, oder handelt es sich um zusätzliche Kräfte? Falls es sich um Extrakräfte handelt, wie werden diese finanziert?
2. Er fragte, warum die Entscheidung getroffen wurde, den Zugang zum Ratshof nur noch mit Termin zu ermöglichen, und wie die Abwägung bei dieser Entscheidung ausfiel.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt erklärte, dass es sich um sicherheitsrelevante Details handelt, welche nicht beantwortet werden. Er sagte, dass eine allgemeine Information zu den Gehältern der Sicherheitskräfte zur Verfügung gestellt wird.

zu 9.10 Anfrage der Stadträtin Frau Müller zu Wohnungsgenossenschaften

Frau Müller bezog sich auf die Mieter im Südpark, die möglicherweise umziehen müssen, weil ihre derzeitigen Wohnverhältnisse problematisch sind. Ein Hindernis für viele Mieter ist, dass für den Umzug sogenannte Vorvermieterbescheinigungen verlangt werden, insbesondere von der HWG und GWG. Diese Bescheinigungen sind für die Mieter schwer zu beschaffen. Sie fragte, ob es bereits Gespräche mit den Wohnungsgenossenschaften in Halle gibt, um möglicherweise Erleichterungen oder Vereinfachungen bei der Bereitstellung der Bescheinigungen zu finden, damit die Mieter tatsächlich umziehen können.

Frau Brederlow erklärte, dass bereits Gespräche mit städtischen Wohnungsgesellschaften und einigen Genossenschaften geführt wurden. Es gibt Rahmenverträge, die es den Mietern ermöglichen, umzuziehen, besonders, wenn sie Sozialleistungen erhalten. Das Angebot besteht darin, den Mieterinnen und Mietern alternative Wohnungen zur Verfügung zu stellen, oft ohne die Voraussetzung einer Vorvermieterbescheinigung. Sie betonte, dass viele Mieter den Umzug aufgrund der langen Wohnzeit und der aufgebauten Gemeinschaft vor Ort ablehnen. Sie erwähnte, dass das Angebot regelmäßig bestehen bleibt, dann auch andere Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Herr Vierkant zu HzE-Leistungen

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Vierkant

Ja, ganz kurz nochmal ein ganz anderes Thema. Und zwar war ja gestern im Finanzausschuss auch großes Thema die HzE-Leistung. Und da hieß es von Frau Brederlow, dass entsprechend in den letzten Jahren die Inobhutnahmen entsprechend sehr nach oben gegangen sind, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Da wäre die Frage: Vor ein paar Jahren hieß es mal, es sei trotz schwieriger Familienverhältnisse quasi gar nicht möglich, die Jugendlichen aus den Familien rauszuholen. Und uns stellt sich da die Frage, ob sich da die Gesetzeslage einfach geändert hat und dementsprechend die Zahlen jetzt so hoch sind. Oder ob entsprechend die Zustände so schlimm sind, dass selbst die hohen Hürden schon erreicht sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt

Frau Brederlow, bitte noch einmal.

Frau Brederlow

Also, für Inobhutnahmen gibt es sehr hohe Hürden, das muss man ganz ehrlich sagen, da muss tatsächlich die Gefahr für das Kind bestehen. Es gibt auch die Möglichkeit, dass Jugendliche sich selbst melden, auch die gibt es, die sind aber dann meistens nur kurzzeitig in den Einrichtungen. Das Thema, was wir in der Vergangenheit hatten, war, dass uns die Ressourcen dafür fehlten, also die Einrichtungen. Das hat sich inzwischen verbessert. Es gibt mehr Träger, die auch Inobhutnahme anbieten. Daher können wir dem tatsächlich nachkommen. Aber es ist tatsächlich so, dass die Situation in den Familien sich extrem

verschärft hat und wir tatsächlich, ich habe ja gestern bewusst auch von Jüngeren gesprochen, wo die Kliniken uns schon informieren. Und da hat es tatsächlich Gesetzesänderungen gegeben, dass die auch verpflichtet sind, das Jugendamt einzubeziehen. Da gab es vor einigen Jahren eine gesetzliche Verschärfung.

Ende des Wortprotokolls

zu 9.12 Anfrage der Stadträtin Frau Müller zur Sanierung des Stadthauses

Frau Müller fragte, wann das Stadthaus saniert wird und bat um eine rechtzeitige Information an die Fraktionen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt sagte, ein konkretes Datum für die Sanierung kann derzeit noch nicht genannt werden, da die Vorbereitung noch läuft und eine übereilte Umsetzung vermieden werden soll. Er versicherte, dass den Fraktionen rechtzeitig Bescheid gegeben werden.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Anregung der Stadträtin Frau Ranft zu Veranstaltungen am 07.11.2025

Frau Ranft bedauerte, dass am 7. November zwei wichtige Veranstaltungen, der 30. Jahrestag der Frauenkulturtage und die Verleihung des Halleschen Kultur- bzw. Kunstpreises, zeitlich so nah beieinander liegen. Dadurch ist es ihr nicht möglich, beide zu besuchen. Sie bat darum, dies bei künftigen Terminplanungen zu berücksichtigen, um Überschneidungen zu vermeiden.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass die Stadt selbst nicht alle Termine festlegt. Viele Veranstaltungen entstehen durch Eigeninitiative von Vereinen.

zu 10.2 Anregung des Stadtrates Herr Vierkant zum Notausgang im Stadthaus

Herr Vierkant sagte, dass im Treppenhaus zum Notausgang Richtung Große Märkerstraße große Schränke abgestellt wurden, die den Zugang blockieren. Er regte an, dass die Verwaltung hier eingreift und dafür sorgt, dass der Notausgang frei bleibt.

zu 10.3 Anregung des Stadtrates Herr Bernstiel zum Parkplatz am Heiderand

Herr Bernstiel wies darauf hin, dass auf dem Parkplatz am Heiderand zur Dölauer Heide eine Waschmaschine entsorgt wurde. Er bat die Verwaltung darum, sich der Sache anzunehmen und die Waschmaschine zu entsorgen.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Alexander Vogt
Oberbürgermeister

Anne Malisch
Stellvertretende Protokollführerin